



Detailansicht des Registereintrags

Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.

Aktuell seit 14.06.2026 17:32:24

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R006953
Ersteintrag:	22.08.2024
Letzte Änderung:	14.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	26.01.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Sächsischer Flüchtlingsrat e. V. Dammweg 5 01097 Dresden Deutschland Telefonnummer: +4935187451710 E-Mail-Adressen: geschaefsstelle@sfrev.de Webseiten: www.saechsischer-fluechtlingsrat.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

70.001 bis 80.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,80

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dajana Strunz**
Funktion: Vorstandsmitglied
2. **Klara Henzchen**
Funktion: Vorstandsmitglied
3. **Hannah Lena Franke**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
4. **Antje Odermann**
Funktion: Schatzmeisterin
5. **Corinna Emmely Drexler**
Funktion: Stellvertretende Vorstandsvorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Dr. Kristian Garthus-Niegel**
2. **Angela Müller**
3. **Dajana Strunz**
4. **Klara Henzchen**
5. **Hannah Lena Franke**
6. **Antje Odermann**
7. **Corinna Emmely Drexler**

Gesamtzahl der Mitglieder:

148 Mitglieder am 06.01.2026, davon:

147 natürliche Personen

1 juristische Person, Personengesellschaft oder sonstige Organisation

Mitgliedschaften (5):

1. Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BafF e.V.)
2. Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF)
3. Paritätischer Landesverband Sachsen
4. Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL
5. Netzwerk Tolerantes Sachsen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (7):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Sächsische Flüchtlingsrat e. V. (SFR e. V.) setzt sich für die Interessen und Rechte von geflüchteten Menschen in Sachsen ein und hat Austausch mit Mitgliedern des Bundestages, um politische Entscheidungsträger*innen auf die Bedürfnisse und Herausforderungen von Asylsuchenden aufmerksam zu machen. Er berät geflüchtete Menschen vor, während und nach ihrem Asylverfahren zu Themen wie Asyl- und Aufenthaltsrecht, Leistungskürzungen und Bleibereichtsperspektiven. Darüber hinaus bietet der SFR e. V. Information und Beratung zur Arbeitsmarktintegration. Im Rahmen seiner Lobbyarbeit dokumentiert und kritisiert der Verein menschenrechtliche Missstände im Bereich Asyl und Migration in Sachsen und setzt sich auf politischer Ebene für die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. **Zugang zu einem dauerhaften Aufenthaltsrecht für Schutzsuchende verbessern, die keinen Schutzstatus erlangen konnten oder diesen verloren haben**

Beschreibung:

Verbesserung und Verstetigung der Aufenthaltsperspektive von Schutzsuchenden ohne unbefristetes Aufenthaltsrecht (Spurwechsel, Bleiberecht, Einbürgerung)

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

2. **Zugang zu den regulären sozialen Sicherungssystemen und zur Gesundheitsversorgung für alle Schutzsuchenden unabhängig vom Status gewährleisten**

Beschreibung:

Abschaffung bzw. Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes; Abschaffung der Bezahlkarte; Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für alle Schutzsuchenden unabhängig vom Status

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]; SGBAT [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

3. Zugänge zu Integration, Arbeit und Ausbildung für Schutzsuchende ohne geklärten Aufenthaltsstatus verbessern

Beschreibung:

Alle asyl- und aufenthaltsrechtlichen Beschäftigungsverbote streichen; Zugang zu Integrations- und Berufssprachkursen (DeuFöV) für alle Schutzsuchenden unabhängig vom Status ermöglichen

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

4. Menschenwürdige und solidarische Aufnahmebedingungen für alle Schutzsuchenden fördern

Beschreibung:

Bedarfsgerechte und vulnerabilitätssensible Erstaufnahmeeinrichtungen; keine Bewegungseinschränkungen; möglichst geringe Residenzpflichten und zügige Zuweisung; dezentrale kommunale Unterbringung als Regelfall; Abschaffung aller Formen der Abschiebehaft; Grund- und Menschenrechtsverletzungen in der Abschiebep Praxis beenden

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

5. Asyl- und aufenthaltsrechtliche Wohnverpflichtungen abbauen

Beschreibung:

Aufhebung aller asyl- und aufenthaltsrechtlichen Residenzpflichten sowie Wohnsitzregelungen und -auflagen

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Rechtssicheren Zugang zum humanitären Schutz für alle Schutzsuchenden sicherstellen

Beschreibung:

Möglichst wenig restriktive Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS); keine Sekundärmigrationszentren

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992 \[alle RV hierzu\]](#); [AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#); [AsylbLG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

7. Unabhängige Beratungsstrukturen für Schutzsuchende nachhaltig stärken und verstetigen

Beschreibung:

Langfristige finanzielle Absicherung und Aufstockung unabhängiger Beratungsangebote im Rahmen des EU-Finanzrahmens 2028–2034 (Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF), Europäischer Sozialfonds (ESF)); Bundesasylverfahrensberatung (AVB); Migrationsberatung (MBE)

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (10):

1. **Europäische Kommission**

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Förderung des Projektes IBAS ProFlex im Rahmen des ESF-Plus-Programms „Integration durch Qualifizierung – IQ“

2. Europäische Kommission

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

Förderung des Projektes RESQUE forward im Rahmen des ESF-Plus-Programms „WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“

3. Europäische Kommission

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Förderung des Projektes „EDA - Empowerment, Digitalisierung und Arbeitsmarktintegration für Migrantinnen“ im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus)

4. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Förderung des Projektes IBAS ProFlex im Rahmen des ESF-Plus-Programms „Integration durch Qualifizierung – IQ“

5. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Förderung des Projektes RESQUE forward im Rahmen des ESF-Plus-Programms „WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“

6. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Förderung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung nach § 12a AsylG

7. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Albertstraße 10, 01097 Dresden

Betrag: 470.001 bis 480.000 Euro

Förderung des Projektes „Meine Rechte. Meine Perspektiven.“ im Rahmen der Richtlinie „Integrative Maßnahmen“

8. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Förderung des Projektes „Perspektive Bleiberecht Dresden“ im Rahmen der
Fachkräftenrichtlinie

9. Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Carolaplatz 1, 01097 Dresden

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderung des Projektes IBAS ProFlex im Rahmen des ESF-Plus-Programms „Integration
durch Qualifizierung – IQ“

10. Stadt Leipzig

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Leipzig

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung des Projektes "Perspektive Bleiberecht Leipzig"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

90.001 bis 100.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[JahresabschlussSFR2024.pdf](#)